

# Feststellung von Einkommen aus selbständiger Tätigkeit nach den Vorschriften der Grundsicherung für Arbeitsuchende



## Autoren:

Petra Meiburg, Jobcenter Lübeck  
Rainer Zadra, team.arbeit.hamburg  
Werner Simon, Zentrale PEG 21  
Caroline Reimann, Zentrale PEG 21



## **Inhaltsverzeichnis**

- I. Vorbemerkung
- II. Allgemeines
- III. Verfahren bei Antragstellung
  - 1. Antragsannahme
  - 2. Bewilligung
  - 3. Besondere Konstellationen
- IV. ABC der Einkommensermittlung nach § 3 Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung
  - 1. Allgemeine Ausführungen
  - 2. Betriebsausgaben und Betriebseinnahmen
- V. Festsetzung des anzurechnenden Einkommens

Anlagen



## **I. Vorbemerkung**

Seit der letzten Aktualisierung dieser Arbeitshilfe im August 2009 hat sich die Rechtslage im Bereich der Berücksichtigung von Einkommen aus selbständiger Tätigkeit nur unwesentlich verändert. Die zum 1. Januar 2011 wirksam gewordenen Änderungen in § 3 der Alg II-V waren rein redaktioneller Natur, zum 1. Juli 2011 erfolgte eine weitere redaktionelle Änderung sowie eine erweiternde Klarstellung in Absatz 4 zur Behandlung von betrieblichen Darlehen. Die vorliegende Fassung berücksichtigt ausschließlich die genannten Änderungen, d. h. auch die Anpassungen sind diesmal überwiegend redaktioneller Art.

Seit dem 1. Januar 2012 zählen außerdem Personen, die als „Tagesmütter“ im Sinne des § 23 SGB VIII tätig sind, zum Kreis der selbständig erwerbstätigen Personen. Anspruch dieser Arbeitshilfe war es von Beginn an, eine praxisnahe Hilfestellung für die tägliche Arbeit vor Ort im Bereich der leistungsrechtlichen Betreuung von Selbständigen zu bieten und dabei möglichst viele Facetten des „bunten Treibens“ im Bereich der selbständigen Tätigkeiten abzudecken. Deshalb ist es den Autoren selbstverständlich ein Anliegen, auch zum Thema Tagesmütter nützliche Eckpunkte und Tipps zusammenzutragen und in diese Arbeitshilfe einfließen zu lassen. Dieses Vorhaben erfordert jedoch ein Mindestmaß an praktischen Erfahrungen auf diesem Neuland, weshalb die Ergänzung noch warten muss. In den Fachlichen Hinweisen zu den §§ 11 – 11b SGB II finden Sie allgemeine Regelungen zum Einkommen aus Tagespflege sowie eine umfangreiche Anlage mit ersten weitergehenden Hinweisen.

Zum Abschluss noch ein Hinweis in eigener Sache: Beiträge aus der Praxis zum Thema Tagesmütter oder einem anderen Teilbereich der Selbständigen im SGB II-Leistungsbezug sind weiterhin willkommen, sie machen die Arbeitshilfe lebendig. Die Autorengruppe kann jedoch nur sporadisch zusammenkommen, weshalb eine umgehende Reaktion auf Ihre Beiträge oder Rückfragen nicht immer möglich ist. Die Autoren bitten um Ihr Verständnis und freuen sich auf die weitere Fortsetzung dieses Werkes.



## II. Allgemeines

Im Steuerrecht wird zwischen folgenden **Einkunftsarten bei selbständiger Tätigkeit** unterschieden:

- Einkünfte aus **Gewerbebetrieb** gemäß [§ 15 EStG](#),
- Einkünfte aus **selbständiger Arbeit** gemäß [§ 18 EStG](#); hierzu zählen hauptsächlich freiberufliche Tätigkeit und sonstige selbständige Arbeit
- Einkünfte aus **Land- und Forstwirtschaft** gemäß [§ 13](#) oder [13a EStG](#): hierzu zählen auch Wein-, Obst- und Gartenbau, Gemüseanbau, Fischerei, Imkerei und Schäferei

Die nachfolgenden Ausführungen sollen die steuerrechtlichen Begriffe erläutern.

### 1. Gewerbebetrieb

- Das Gewerbe muss bei der Gemeinde angemeldet werden (Gewerbeanmeldung vorlegen lassen).
- Gewerbesteuerpflicht
- Der Gewerbetreibende muss Bücher führen und Bilanzen erstellen, wenn der Umsatz 500.000 € übersteigt oder der jährliche Gewinn über 50.000 € liegt.

### Gewerbliche Tätigkeiten

- Berater/innen in Geld- und Vermögensangelegenheiten (Anlage-, Finanz- oder Kreditberater/innen)
- Gastronomen und Hoteliers (auch Imbissstand, Kiosk)
- Händler/innen aller Art (Haustürgeschäft, Ladenverkauf, Versandhandel, Weihnachtsmarkt, Wochenmarkt, Jahrmarkt)
- Handwerker/innen aller Art (Bäcker, Metzger, Kfz-Mechaniker, Maler, Lackierer, Schneider)
- Vermittler/innen (Immobilienmakler, Finanzmakler)
- Vertreter/innen (Versicherungen, Bausparkassen, Handelsvertretung)
- Zahntechniker/innen

### 2. Freiberufliche oder sonstige selbständige Arbeit

- Keine Gewerbesteuerpflicht
- Betrieb muss nicht bei Gemeinde angemeldet werden
- Gewinn wird entweder über Buchführung/Bilanz oder Einnahmen-Überschuss-Rechnung (Wahlrecht) ermittelt



## Freiberufliche Tätigkeiten

- Wissenschaftliche Tätigkeit (Forschung und Lehre, Erstellen von Gutachten, Vortrags- und Prüfungstätigkeiten)
- Künstlerische Tätigkeit (Musik, Malerei)
- Schriftstellerische Tätigkeit (Texte für Bücher, Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen, auch Übersetzungen)
- Erzieherische und unterrichtende Tätigkeit (Vermittlung von Fähigkeiten, Kenntnissen und Betreuung von Kindern)
- „Katalogberufe“ nach [§ 18 Abs. 1 Nr. 1 EStG](#): Arzt, Zahnarzt, Tierarzt, Rechtsanwalt, Notar, Patentanwalt, Vermessungsingenieur, Ingenieur, Architekt, Handelschemiker, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, beratender Volks- und Betriebswirt, vereidigter Buchprüfer, Steuerbevollmächtigter, Heilpraktiker, Dentist, Krankengymnast, Journalist, Bildberichterstatter, Dolmetscher, Übersetzer und Lotse)

## Sonstige selbständige Tätigkeit

- Testamentsvollstrecker
- Vermögensverwalter
- Konkurs- oder Nachlassverwalter

Kleinere Gewerbetreibende (Umsatz < 500.000 € oder Gewinn < 50.000 €, [§ 141 AO](#)) und Freiberufler haben die Möglichkeit zur Führung einer **Einnahmen-Überschuss-Rechnung** nach [§ 4 Abs. 3 EStG](#).

Grundprinzip  
gem. EStG:            Betriebseinnahmen  
                              ./. Betriebsausgaben  
                              = Gewinn / Verlust

gem. SGB II            Betriebseinnahmen  
                              ./. tatsächlich geleisteter notwendiger Ausgaben  
                              = SGB II-Gewinn / SGB II-Verlust

Wichtig!            Bei der Einkommensberechnung nach SGB II werden nur Zahlungsvorgänge berücksichtigt; Forderungen und Verbindlichkeiten spielen keine Rolle. Maßgebend für eine Betriebsausgabe ist die tatsächliche Zahlung, für die Betriebseinnahme der Zahlungseingang.

Ausnahmen:        • Regelmäßig wiederkehrende Einnahmen und Ausgaben werden nach dem EStG in dem Jahr erfasst, zu dem sie wirtschaftlich gehören (z. B. Löhne, Mieten, Pachten, Zinsen); für die Gewinnermittlung nach dem SGB II ist allerdings der Tag maßgebend, an dem die Ausgabe tatsächlich geleistet wurde (§ 3 Abs. 2 Satz 1 Alg II-V – ohne Rücksicht auf steuerrechtliche Vorschriften).



- Abschreibungen (Anschaffungskosten werden im EStG auf die voraussichtliche Nutzungsdauer verteilt). Für die Gewinnermittlung nach dem SGB II können Abschreibungen nicht mehr berücksichtigt werden (siehe [Kapitel IV, 2.2](#))

Nachweis: Seit 2005 gibt es im Steuerrecht einen amtlich vorgeschriebenen Vordruck, die **Anlage EÜR**.  
Die Verpflichtung zur Nutzung dieses Vordrucks entfällt bei Betriebseinnahmen unter 17.500 €.



### III. Verfahren bei Antragstellung


#### 1. Antragsannahme

##### Prüfkriterien

Übt ein Antragsteller oder eine Antragstellerin eine selbständige Tätigkeit aus, sind grundsätzlich folgende Kriterien zu prüfen:

<p>➤ <b>Wann wurde die selbständige Tätigkeit begonnen?</b></p>	<p>Gibt es bereits Gewinnermittlungen (GE)? (EÜR – BWA – G+V)</p> <p>Die Angaben des Antragstellers / der Antragstellerin über das voraussichtliche Einkommen in der Anlage EKS sind soweit wie möglich zu plausibilisieren. Mögliche Unterlagen, die zur Glaubhaftmachung des Einkommens herangezogen werden können, sind:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Berechnung des Einkommens im Rahmen der Arbeitslosengeld II-Berechnung für den vorangegangenen Bewilligungszeitraum</li><li>• Nachweise über Einnahmen und Ausgaben der vorangegangenen sechs Monate</li><li>• Einnahme-/Überschuss-Rechnung für das vorangegangene Kalenderjahr</li><li>• Aktuelle betriebswirtschaftliche Auswertungen (BWA)</li></ul> <p>Bei Neuantragstellung sollten die GE aus dem Vorjahr und dem lfd. Jahr bis zum letzten gebuchten Monat vor der Antragstellung angefordert werden.</p>
<p>➤ <b>Prognose</b></p>	<p>Für die Erklärung der voraussichtlichen Betriebseinnahmen und der zu erwartenden notwendigen Ausgaben ist der Vordruck „<a href="#">Anlage EKS - Erklärung zum Einkommen aus selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieb oder Land- und Forstwirtschaft im Bewilligungszeitraum</a>“ und die dazugehörigen Ausfüllhinweise auszugeben.</p> <p>Warum weicht die Prognose der Betriebseinnahmen und/oder der Ausgaben/Betriebsausgaben vom Vorjahr ab?</p>



<p>➤ <b>Art der Selbständigkeit</b></p>	<p><u>Gewerbebetrieb:</u> Liegt eine Gewerbebeanmeldung vor?</p> <p><u>Freiberuflichkeit:</u> Gibt es Honorarverträge?</p> <p><u>Sonstige selbständige Tätigkeit:</u> Gibt es Werkverträge / Dienstleistungsverträge?</p> <p>Der Bereich der selbständigen Tätigkeit wird deutlich.</p>
<p>➤ <b>Steuerliche Anmeldung</b></p>	<p>Durch die <b>Gewerbebeanmeldung</b> entsteht eine Kontrollmitteilung an das Finanzamt. So wird die gewerbetreibende Person zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung verpflichtet. Bei freiberuflicher oder sonstiger selbständiger Tätigkeit hat die Anmeldung durch die selbständige Person <b>initiativ</b> zu erfolgen.</p> <p>In der steuerlichen Anmeldung (beim Finanzamt) hat die selbständige Person u. a. die Art ihres Unternehmens zu erklären sowie den geplanten Umsatz für das lfd. und das folgende Jahr. Auf dieser Grundlage werden ggf. Einkommensteuervorauszahlungen festgesetzt und der Status des <b>Kleinunternehmers</b> wird geklärt.</p>
	<p>Die Einkommensteuervorauszahlung ist <u>keine</u> Betriebsausgabe. Sie wird wie bei den Arbeitnehmern vom zu berücksichtigenden Einkommen abgesetzt. Entspricht die Vorauszahlung nicht den aktuellen Einkommensverhältnissen, weil die Einnahmen stark zurückgegangen sind, sollte beim Finanzamt auf eine Minderung hingewirkt werden. Auch das ist eine den Leistungsberechtigten zuzumutbare Möglichkeit, die Hilfebedürftigkeit zumindest zu verringern.</p>
<p>➤ <b>Umsatzsteuer</b></p>	<p>Ist die selbständige Person Kleinunternehmer?</p> <p>Im Gründungsjahr bzw. vorangegangenen Kalenderjahr ist die Umsatzgrenze &lt; 17.500 € und im Folgejahr bzw. laufenden Jahr &lt; 50.000 € (<a href="#">§ 19 UStG</a>).</p> <p>Sind die Umsätze in diesem Rahmen, so gibt es für die selbständige Person keine Umsatzsteuerpflicht und damit auch keine Abgabeverpflichtung zur Umsatzsteuervoranmeldung / Umsatzsteuererklärung.</p> <p>In Rechnung gestellte und eingenommene Umsatzsteuer ist Betriebseinnahme; in Rechnung gestellte und gezahlte Umsatzsteuer (Vorsteuer) ist Betriebsausgabe.</p>






	<p>Werden in der Gewinnermittlung/Prognose die Umsatzsteuervorauszahlungen und im Besonderen auch die Umsatzsteuererstattungen an/durch das Finanzamt erfasst?</p> <p><b>Umsatzsteuerzahlungen</b> sind Betriebsausgabe.  <b>Umsatzsteuererstattungen</b> sind Betriebseinnahme.</p>
	Wenn Umsatzsteuer in der Rechnung an die Kunden ausgewiesen wird, muss dieser Betrag an das Finanzamt abgeführt werden.
	Hohe Investitionen (z. B. Neuanschaffung Pkw) lösen eine hohe Umsatzsteuererstattung aus.

<p>➤ <b>Gründungszuschuss</b></p>	<p>Wurde die Selbständigkeit aus der Arbeitslosigkeit heraus gegründet?</p> <p>Der Gründungszuschuss ist als Zuschuss zur Sicherung des Lebensunterhaltes und der sozialen Absicherung zu verwenden</p> <p>Der Gründungszuschuss ist anrechenbares sonstiges Einkommen und <u>nicht</u> Betriebseinnahme.</p> <p>Das Bundessozialgericht hat die Anrechenbarkeit der Vorgängerleistungen EXGZ (Urteil vom 06.12.2007, Az: B 14/7b AS 16/06 R) und Überbrückungsgeld (Urteil vom 01.06.2010, Az B 4 AS 67/09 R) als sonstiges Einkommen bestätigt.</p>
	Ein Abzug von Verlusten aus der selbständigen Tätigkeit vom Gründungszuschuss ist nach § 5 Alg II-V nicht möglich.

<p>➤ <b>Gewinnermittlung: (Einnahmen-Überschuss-Rechnung oder G+V (Bilanzierung))</b></p>	<p>Gibt es eine Belegerfassung durch ein Buchführungsprogramm?</p> <p>Wenn nein, Auflistung der Kundenrechnungen (<a href="#">Anlage 1</a>) aushändigen.</p> <p>Gibt es eine Auswertung durch einen Steuerberater vom Vorjahr?</p> <p>Haben die Kundenrechnungen eine fortlaufende Rechnungs-Nr.? (Pflicht ab 1.1.2004 )</p>
<p>➤ <b>Einnahmen-Überschuss-Rechnung (EÜR)</b></p>	<p>Betriebseinnahmen ./.. Betriebsausgaben = Gewinn</p> <p>Geld ist tatsächlich eingenommen bzw. ausgegeben.</p>



<p>➤ <b>Bilanz</b></p>	<p>Anders als bei der EÜR entsteht bei der Bilanzierung eine Betriebseinnahme durch das Schreiben der Rechnung an die Kunden (= Forderung) bzw. eine Betriebsausgabe durch den Erhalt einer Rechnung der Lieferanten (= Verbindlichkeit).</p>
	<p>Wichtig für die Grundsicherung: Die Betriebseinnahmen sind um die Höhe der Forderungen zu kürzen, da hier noch kein Zufluss an Geld (Zahlungseingang) stattgefunden hat. Bei der Ermittlung der tatsächlich geleisteten notwendigen Ausgaben ist eine Kürzung um die Höhe der Verbindlichkeiten vorzunehmen, da hier kein Geldabfluss (Zahlungsausgang) getätigt wurde.</p>
<p>➤ <b>Betriebswirtschaftliche Auswertung ( BWA )</b></p>	<p>Immer anfordern, wenn ein Buchführungsprogramm verwendet wird.</p> <p>vorläufige Gewinnermittlung</p> <p>monatlich und kumuliert</p> <p>Betriebseinnahmen minus Betriebsausgaben = Gewinn/Verlust</p>
<p>➤ <b>Summen- und Saldenliste (SuSa )</b></p>	<p>Die SuSa gibt u. a. Auskunft über Vermögen, Schulden, Privatentnahmen (Geld oder Eigenverbrauch (Ware, Kfz, Telefon)) und -einlagen etc. (siehe Beispiel).</p>



### Beispiel einer Summen- und Saldenliste

		Mittelverwendung				Mittelherkunft
	Datev				Datev	
	SKR 03	ANLAGEVERMÖGEN			SKR 03	EIGENKAPITAL
	Konten	- Sachanlagen -			Konten	1.1.2005
	50 - 199	Grundstücke + Gebäude				+ Gewinn 31.12.2005
					E-Ü-R	oder
	200 - 299	Anlagen + Maschinen				./. Verlust 31.12.2005
	320 - 380	Fuhrpark			1890	+ Privateinlagen
	400 - 450	Betriebs- + Geschäftsausstat- tung			1800 - 1889	./. Privatentnahmen
	480	GWG - 150,-- € netto				EIGENKAPITAL
						31.12.2005
		- Finanzanlagen -		P		
	510	Beteiligungen, z.B. Volksbank Genossen- schaftsanteil		A		
				S		
				S		
		UMLAUFVERMÖGEN		I		FREMDKAPITAL
	3980	Vorräte / Waren		V	630 - 650	- Bank
					550	- andere Personen
						Darlehen (Laufzeit !!!)
	1000	Kasse		A		
						Verbindlichkeiten
	1200	Bank / Postgiro - wenn Gutha- ben -			1600	- Lieferantenrechnung
					1740 - 1754	- AN + KK + Lohnsteuer
		Forderungen			1789 - 1791	- Umsatzsteuer
	1400 ff.	- Kundenrechnung				
	1545	- Finanzamt			950 - 979	RÜCKSTELLUNGEN
		gezahlte Mwst. (Vorsteuer)				
					980	Aktive Rechnungsabgren- zung
	990	Passive Rechnungsabgren- zung				



<p>➤ <b>Kontendruck</b></p>	<p>Wenn die Buchführung, jeder einzelne Beleg, mit einem PC-Programm erfasst wird, kann man auf den so genannten Buchführungskonten die Belege sortiert nach ihrer Art, z. B. Kfz-Kosten, Bürobedarf, Umsatz etc. wiederfinden. So sind bestimmte Tatbestände prüfbar. In welcher Höhe wurde wann getankt? Zu welchem Zeitpunkt wurden Privatentnahmen getätigt? Vor/nach Antragstellung?</p>
<p>➤ <b>Finanzierung / Bankkonten</b></p>	<p>Gibt es ein Geschäftskonto und ein Privatkonto? Oder werden private und geschäftliche Vorgänge über ein Konto abgewickelt?</p>
<p>➤ <b>Vermögen</b></p>	<p>Zum Betriebsvermögen gehören Anlagevermögen (Immobilien, Betriebsausstattung, Maschinen, Pkw, Werkzeug) und Umlaufvermögen (Warenbestand).</p>
<p>➤ <b>Darlehen</b></p>	<p>Gibt es Darlehensverträge? Auf Formvorschriften (Darlehensgeber, -nehmer, Betrag, Rückzahlungsvereinbarungen, Zinssatz, Verwendungszweck, Datum) achten. Wie ist die Kreditwürdigkeit begründet? Wurden Sicherheiten gegeben? Hinweise auf Vermögen? Geldzuflüsse aus Darlehen – egal welcher Herkunft - sind keine Betriebseinnahme (§ 11 Abs. 1 Satz 2 SGB II). Investitionen/Ausgaben, die mit einem Darlehen getätigt worden sind, sind keine Betriebsausgabe (§ 3 Abs. 3 Sätze 4 und 5 Alg II-V). Kann die <b>Tilgung (= Betriebsausgabe)</b> evtl. ausgesetzt/herabgesetzt werden (Siehe auch § 3 Abs. 3 Alg II-V.)? Wurde der Darlehensvertrag vor oder nach Antragstellung – und entsprechendem Hinweis auf die Kostenminderungspflicht - abgeschlossen? Wofür wurde das Darlehen verwendet?</p>
<p>➤ <b>Arbeitsverträge</b></p>	<p>Werden Arbeitnehmer beschäftigt? Gibt es mithelfende Familienangehörige? Welchen zeitlichen Umfang hat die Selbständigkeit? Wie sind ggf. die Öffnungszeiten? Machen die Öffnungszeiten/Betriebseinnahmen die Beschäftigung von weiteren Personen notwendig?</p>



<p>➤ <b>Privatentnahmen / -einlagen</b></p>	<p>Wird der private Bereich in der Geschäftsbuchführung erfasst? Wenn nicht, privates Konto anfordern und auf Höhe der Privatentnahmen prüfen. Gibt es Privateinlagen? Herkunft? Vermögensprüfung Wie hoch sind die Privatentnahmen? Sind die Privateinlagen betrieblich notwendig bzw. die Privatentnahmen angemessen?</p>
	<p>Privatentnahmen sind in Höhe des Gewinnes, der letztendlich auf die SGB II-Leistungen angerechnet wird, nicht zu beanstanden. Bei Überentnahmen hat die selbständige Person die Herkunft der finanziellen Mittel zu erklären; die Gewinneinschätzung für den BWZ ist zu überprüfen (müsste entsprechend höher ausfallen).</p>

<p>➤ <b>Formulare</b></p>	<p><u>Kassenbericht:</u> Dient der Darstellung von Bareinnahmen und Barausgaben und dient als Grundlage für die Prüfung von Bareinzahlungen auf das Bankkonto.</p> <p><u>Auflistung der Kundenrechnungen:</u> Ist für die Kundenrechnung eine fortlaufende Rechnungsnummer vergeben worden (Vorschrift seit 1.1.2004)? Wie sind Kundenrechnungen bezahlt worden (Barzahlungen oder Bankeingang)? Darstellung der Art der Leistungen, die der Selbständige erbringt.</p> <p><u>Einnahmen-Überschuss-Rechnung – steuerrechtlich:</u> In dieses Formular fließen die Summen eines Jahres aus dem Geschäftsjournal. Durch die Einnahmen-Überschuss-Rechnung wird der Gewinn bzw. Verlust ermittelt.</p> <p><u>Anlage EKS:</u> Dieses Formular wird für die Prognose der voraussichtlichen Betriebseinnahmen und –ausgaben im Bewilligungszeitraum verwendet.</p> <p><u>Abschließende Angaben zum Einkommen aus selbständiger Tätigkeit:</u> Dieses Formular wird für die Erklärung der tatsächlichen Betriebseinnahmen sowie der tatsächlich geleisteten notwendigen Ausgaben im Bewilligungszeitraum verwendet.</p>
---------------------------	--

Eine Checkliste zur Einreichung von Unterlagen für Antragsteller/innen in selbständiger Tätigkeit finden Sie in [Anlage 2](#).



## 2. Bewilligung

### Vorläufige und abschließende Entscheidung

Grundsätzlich ist – im Hinblick auf die nur schätzbare zukünftige Einkommensentwicklung - über Ansprüche auf Arbeitslosengeld II für Selbständige gemäß § 40 Abs. 2 Nr. 1 SGB II i. V. m. § 328 SGB III vorläufig zu entscheiden.

In A2LL ist der Bewilligungsbescheid für eine vorläufige Entscheidung zu nutzen; hinter den Satz „zu den noch ungeklärten Punkten Ihres Leistungsantrages teile ich Ihnen Folgendes mit:“ kann folgender über A2LL zur Verfügung stehender Textbaustein als Begründung eingefügt werden:

„Ihre Einnahmen bzw. Ausgaben aus selbständiger Tätigkeit im Bewilligungszeitraum wurden auf Grund Ihrer Angaben zum voraussichtlichen Einkommen zunächst vorläufig festgesetzt.

*<Erforderlichenfalls folgender Einschub:>*

Hier können die Punkte eingetragen werden, in denen von der Einschätzung des / der Selbständigen abgewichen wurde. Diese sollten möglichst genau begründet sein.

*<Freitext für aufzuzählende Angaben>*

**Änderungen der Betriebseinnahmen oder Betriebsausgaben können grundsätzlich erst bei der Schlussabrechnung berücksichtigt werden. Ich weise Sie darauf hin, dass ungeplante Betriebsausgaben, die nicht regelmäßig im laufenden Geschäftsbetrieb anfallen (z. B. Anschaffung höherwertiger Wirtschaftsgüter), nur anerkannt werden, wenn sie notwendig, unvermeidbar und angemessen sind. Zur Vermeidung von Nachteilen sollten Sie diese unerwarteten Betriebsausgaben vorab anzeigen. Ich werde dann prüfen, ob die geplante Ausgabe anerkannt werden kann, und ob auf Grund dieser Ausgabe die Einkommensprognose für die Zukunft anzupassen ist.**

Eine abschließende Entscheidung ist erst möglich, wenn die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben im Bewilligungszeitraum feststehen. Ich bitte Sie daher, hierzu den Vordruck „Abschließende Angaben zum Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, Gewerbebetrieb oder Land- und Forstwirtschaft nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes“ zu verwenden. Werden Einnahmen und Ausgaben nicht innerhalb eines Zeitraums von zwei Monaten nach dem Ende des Bewilligungszeitraums nachgewiesen, kann der Grundsicherungsträger das Einkommen im Bewilligungszeitraum für die abschließende Entscheidung schätzen. Bitte reichen Sie daher – in Ihrem eigenen Interesse – unverzüglich nach dem Ende des Bewilligungszeitraumes die erforderlichen Unterlagen ein.“

### Hinweis für die Bearbeitung

Bei der Berechnung im Rahmen der *vorläufigen Entscheidung* (vE) ist starken Einkommensschwankungen im Bewilligungszeitraum (z. B. bei Neugründern/innen)



Rechnung zu tragen. Dies bedeutet, dass es in Betracht kommen kann, einen Bewilligungszeitraum festzulegen, der kürzer als sechs Monate ist. Dann kann ein Durchschnittseinkommen für zunächst kürzere Zeiträume (z. B. Startphase nach Neugründung) als sechs Monate zugrunde gelegt werden. Insbesondere bei Neugründern ist es durchaus möglich, dass zu Beginn die monatlichen Einnahmen weitaus niedriger sind als der Durchschnitt aus sechs Monaten; so wird sichergestellt, dass die selbständige leistungsberechtigte Person in den Anfangsmonaten über bedarfsdeckendes Einkommen verfügt.

Vor der abschließenden Entscheidung sollte die selbständige Person aufgefordert werden - ggf. mit Erinnerungsschreiben - die Schlussabrechnung (abschließende EKS) einzureichen. Mit der abschließenden *Entscheidung* verliert die vE ihre Wirksamkeit; einer besonderen Aufhebung bedarf es daher nicht, i. d. R. wird aber ein Änderungsbescheid ergehen. Es ist im Falle der aufgrund der vE überzahlten Leistung - vorherige Anhörung nach § 24 SGB X ist hier nicht erforderlich - eine Erstattung nach § 40 Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 328 SGB III (BK-Vorlage 2a40-02) geltend zu machen.

### 3. Besondere Konstellationen

§ 3 Abs. 5 Alg II-V besagt:

„Ist auf Grund der Art der Erwerbstätigkeit eine jährliche Berechnung des Einkommens angezeigt, soll in die Berechnung des Einkommens nach den Absätzen 2 bis 4 auch Einkommen nach Absatz 1 Satz 1 einbezogen werden, das der oder die erwerbsfähige Leistungsberechtigte innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten vor wiederholter Antragstellung erzielt hat, wenn der oder die erwerbsfähige Leistungsberechtigte darauf hingewiesen worden ist. Dies gilt nicht, soweit das Einkommen bereits in dem der wiederholten Antragstellung vorangegangenen Bewilligungszeitraum berücksichtigt wurde oder bei Antragstellung in diesem Zeitraum hätte berücksichtigt werden müssen.“

Bedingt die Eigenart der Erwerbstätigkeit, zum Beispiel bei einem Saisonbetrieb wie einer Eisdielen, eine jahresbezogene Betrachtung des Einkommens (Gewinn), weil üblicherweise im Laufe des Jahres stark schwankende Einnahmen und ggf. Ausgaben zu verzeichnen sind, soll bei der Gewinnermittlung für den Bewilligungszeitraum, der (überwiegend) außerhalb der Saison liegen dürfte, auch solches Einkommen ergänzend Berücksichtigung finden, das in der Saisonzeit (6 Monate vor Antragstellung), in der keine Hilfebedürftigkeit vorgelegen hat, oberhalb der SGB II-Bedarfsgrenze zur Verfügung stand, also bei jährlicher Berechnung zu berücksichtigen gewesen wäre. Damit wird eine "Leistungsoptimierung" durch gezielte Antragstellung nach Ende einer Saison vermieden. Erforderlich ist aber, dass die selbständige Person hierauf hingewiesen worden ist (BK-Vorlage 2a11-36).

Die Zeitspanne von sechs Monaten gilt allerdings nur, soweit in dieser Zeit keine Hilfebedürftigkeit vorgelegen hat. Es ist dabei nicht von Belang, ob Leistungen nach dem SGB II tatsächlich bezogen wurden, vielmehr ist auf die faktische Hilfebedürftigkeit i. S. d. SGB II abzustellen. Ob und in welcher Höhe für welchen Zeitraum über-



schüssiges Einkommen zu berücksichtigen ist, ist über eine fiktive Bedarfsbestimmung festzustellen. Dabei ist zunächst der in der Saison erwirtschaftete Gewinn zu ermitteln. Der um die Frei- und Absetzbeträge nach § 11b SGB II bereinigte monatliche Gewinn ist dem monatlichen Bedarf in dieser Zeit gegenüber zu stellen. Die übersteigenden Beträge sind als Betriebseinnahme für die kommenden sechs Monate mit zu berücksichtigen.

Bei der Einkommensanrechnung ist das Gesamteinkommen für den BWZ, d. h. Einkommensüberhang und der im BWZ ggf. erwirtschaftete Gewinn, um die Freibeträge nach § 11b (auch Erwerbstätigenfreibetrag) zu bereinigen. Das übertragene Einkommen ist so zu behandeln, als wäre es im BWZ erwirtschaftet worden bzw. zugeflossen.

Typische Saisonbetriebe sind z. B. Eisdielen, Vermietung von Strandkörben/-zubehör, Kioske in Freibädern, Gastronomie in reinen Urlaubsgebieten.

Die Regelung findet auch bei nicht üblicherweise saisonabhängigen Tätigkeiten Anwendung. Voraussetzung ist allerdings, dass die leistungsberechtigte Person auf diese Regelung hingewiesen worden ist, und dass nach der Eigenart des Betriebes eine jahresbezogene Betrachtung erforderlich ist (z. B. Künstler).

Bei einer Erstantragstellung kann jedoch das Einkommen aus den der Antragstellung vorangegangenen sechs Monaten nicht berücksichtigt werden, weil in diesem Fall davon auszugehen ist, dass die schlechtere Einnahmensituation nicht hat erwartet werden können.

Bei dem Hinweis auf die jahresbezogene Betrachtung handelt es sich – ebenso wie bei der Kostensenkungsaufforderung nach § 22 SGB II – nicht um einen Verwaltungsakt, da er noch keine Regelung enthält. Er ist daher auch nicht mit Widerspruch/Klage angreifbar.

#### Beispiel:

##### Strandkorbvermieter

- Erste Antragstellung 01.11.2009: EÜR für die Monate 01/2009 bis 10/2009 wird vorgelegt; Anlage EKS: Saisonbetrieb wird wieder im April 2010 aufgenommen, dann wird auch Einkommen erzielt, jedoch nicht bedarfsdeckend.
- Bewilligung/vorläufige Entscheidung ab 01.11.2009 bis 30.04.2010; Belehrung i. S. von § 3 Abs. 5 Satz 1, letzter HS Alg II-V
- Erneute Antragstellung 01.11.2010: EÜR von 01/2010 bis 10/2010 wird vorgelegt; gem. Anlage EKS erstes – voraussichtlich nicht bedarfsdeckendes - Einkommen wiederum im April 2011
- Bewilligung/vorläufige Entscheidung ab 01.11.2010 unter Berücksichtigung des Einkommens von 05/2010 (sechs Monate vor Antragsstellung) bis 04/2011 (05/2010 bis 10/2010 gem. EÜR und 11/2010 bis 04/2011 gem. Anlage EKS)





# Arbeitshilfe zur Feststellung von Einkommen aus selbständiger Tätigkeit

<b>Beispiel Strandkorbvermieter</b>													
<b>Erstantrag</b>	<b>2009</b>							<b>Antrag</b>		<b>2010</b>			<b>im BWZ</b>
Monat	5	6	7	8	9	10		11	12	1	2	3	4 <b>November - April</b>
Einnahmen	1.500	2.600	2.900	3.500	3.000	2.100		0	0	0	0	0	700
Ausgaben (im Winter Miete, Material Reparaturen...)	90	100	600	600	600	100		1.000	140	110	120	130	100
Gewinn/Verlust	1.410	2.500	2.300	2.900	2.400	2.000		-1.000	-140	-110	-120	-130	600
Durchschnittlicher Gewinn/Verlust im BWZ								-150	-150	-150	-150	-150	-150
Bedarf								740	740	740	740	740	740
<b>Anspruch *</b>								<b>740</b>	<b>740</b>	<b>740</b>	<b>740</b>	<b>740</b>	<b>740</b>
<b>Wiederholter Antrag</b>	<b>2010</b>						<b>in der Saison</b>	<b>Antrag</b>		<b>2011</b>			<b>im BWZ</b>
Monat	5	6	7	8	9	10	<b>Mai - Oktober</b>	11	12	1	2	3	4 <b>November - April</b>
Einnahmen	1.500	2.600	2.900	3.000	3.000	2.100	15.100	0	0	0	0	0	760
Ausgaben (im Winter Miete, Material Reparaturen...)	100	100	600	550	750	100	2.200	1.000	140	110	120	130	100
Gewinn/Verlust	1.400	2.500	2.300	2.450	2.250	2.000	12.900	-1.000	-140	-110	-120	-130	660
Bereinigter Einkommensdurchschnitt	1.850	1.850	1.850	1.850	1.850	1.850	2.150 – 300 FB						
Bedarf	940	940	940	940	940	940	740 + 200 KV	740	740	740	740	740	740
<b>Einkommensüberhang</b>	<b>910</b>	<b>910</b>	<b>910</b>	<b>910</b>	<b>910</b>	<b>910</b>	<b>5.460</b>						
Einkommensüberhang umzuverteilen								910	910	910	910	910	910
Durchschnittlicher Gewinn/Verlust im BWZ								-140	-140	-140	-140	-140	-140
Einkommen im BWZ								770	770	770	770	770	770
Bereinigtes Einkommen (§ 11b SGB II)								536	536	536	536	536	536
<b>Anspruch</b>								<b>204</b>	<b>204</b>	<b>204</b>	<b>204</b>	<b>204</b>	<b>204</b>

\* Erstantrag: Leistung von 11/2009 bis 04/2010 wurde bewilligt. Schriftlicher Hinweis auf die Regelungen zur jahresbezogenen Betrachtung des Einkommens erfolgte. Aufforderung, - soweit möglich - Rücklagen zu bilden, ist ergangen.

\*\*Wiederholter Antrag: Auch auf Einkommensüberhänge ist im Folge-BWZ der Erwerbstätigenfreibetrag (EFB) nach § 11b Abs. 3 SGB II zu gewähren.



#### IV. Das ABC der Einkommensermittlung nach § 3 Alg II-V

##### 1. Allgemeine Ausführungen

Die Berücksichtigung von Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit richtet sich nicht nach den steuerlichen Vorschriften. Nach dem Gedanken der Grundsicherung ist verfügbares Einkommen zur Bestreitung des Lebensunterhaltes einzusetzen. Insbesondere die steuerlich mögliche Berücksichtigung von Abschreibungen würde dazu führen, dass das zu berücksichtigende Arbeitseinkommen vielfach geringer ist, als das tatsächlich für den Lebensunterhalt zur Verfügung stehende Einkommen. Anders als im Steuerrecht ist auch zu prüfen, ob Betriebsausgaben notwendig sind. Zudem ist die leistungsberechtigte Person auch gehalten, ihre Betriebsausgaben den Lebensumständen während des Bezugs von Leistungen nach SGB II anzupassen.

Bei der Einkommensermittlung sind nur die tatsächlich **im Bewilligungszeitraum** anfallenden Betriebseinnahmen und die tatsächlich geleisteten notwendigen Ausgaben zu berücksichtigen. Die Alg II-V lässt auch zu, dass die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Rahmen der Betreuung der hilfebedürftigen Person auf Ausgabensenkungen und -verschiebungen hinwirken können. Folgt die hilfebedürftige Person diesen Hinweisen nicht, sind die tatsächlichen Ausgaben teilweise vermeidbar und entsprechend zu vermindern, da in dieser Höhe Hilfebedürftigkeit hätte verhindert werden können.

Ungeachtet der Nichtbeachtung des Steuerrechts wird bei den nachfolgenden Erläuterungen der wesentlichen Betriebsausgaben und Betriebseinnahmen zum besseren Verständnis auch auf steuerliche Vorschriften eingegangen. Die Ausführungen sollen aber insbesondere bei der Entscheidung, ob tatsächliche Ausgaben nicht abzusetzen sind oder nachgewiesene Einnahmen zu erhöhen sind, behilflich sein (§ 3 Abs. 3 Alg II-V). Grundsätzlich wird in den Ausführungen zwischen



steuerlicher Betrachtung

und



Berücksichtigungsfähigkeit im Rahmen der Grundsicherung

unterschieden. Sofern dies nicht geschieht, gibt es keine unterschiedliche Betrachtungsweise.



## 2. Betriebsausgaben und Betriebseinnahmen


### 2.1 Betriebsausgaben (EStG) / tatsächlich geleistete notwendige Ausgaben (§ 3 Abs. 2 Nr. 1 S. 1 EStG)

Die selbständige Person muss bereits bei der Antragstellung angeben, welche Betriebsausgaben sie plant. Daher ist bereits vor Erlass der vorläufigen Entscheidung zu prüfen, ob die geplanten Ausgaben notwendig sind. Wird im Rahmen der vorläufigen Entscheidung eine geplante Ausgabe berücksichtigt, kann später bei der abschließenden Entscheidung nicht mehr eingewandt werden, dass die mit der vorläufigen Entscheidung akzeptierte Ausgabe nicht notwendig und damit nicht abzusetzen sei.

Daher sind bei der Antragstellung alle geplanten Betriebsausgaben bereits sorgfältig zu hinterfragen. Wird eine geplante Ausgabe als vermeidbar oder nicht den Lebensumständen während des Bezugs von Leistungen nach SGB II entsprechend erachtet, ist bereits in der vorläufigen Entscheidung darauf hinzuweisen. Nur so kann sichergestellt werden, dass sich die selbständige Person darauf einstellen kann, dass – wenn sie die Ausgabe dennoch tätigt – die Ausgabe auch in der abschließenden Entscheidung nicht von den Betriebseinnahmen abgesetzt wird.

Nähere Informationen zum Thema Selbständigkeit finden Sie im Internet auf der Seite des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technik (BMWi) unter <http://www.softwarepaket.de/>.

#### • Abschreibungen / Investitionen

	<p>Auch im Steuerrecht sind Aufwendungen grundsätzlich im Jahr der Zahlung als Betriebsausgabe abzusetzen. Eine Ausnahme hiervon ist die Berücksichtigung von <b>abnutzbarem Anlagevermögen</b>; dazu gehören Gegenstände, die mehrere Jahre im Betrieb eingesetzt werden. Sie sind für die Nutzungsdauer abzuschreiben (Absetzung für Abnutzung = AfA). Steuerlich können also Betriebsausgaben abgesetzt werden, die im Veranlagungszeitraum nicht angefallen sind (kalkulatorische Buchung).</p> <p><u>Beispiel:</u></p> <p>Ein Freiberufler kauft im Januar 2009 einen PC für 1.200 € (Barzahlung). Der PC wird in den Jahren 2009, 2010 und 2011 mit jeweils 400 € als Betriebsausgabe abgesetzt.</p> <p>Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) bis 150 € können im Jahr der Anschaffung komplett abgeschrieben werden.</p>
	<p>Gem. § 3 Abs. 2 Nr. 1 S. 1 EStG sind nur die im Bewilligungszeitraum <b>tatsächlich</b> geleisteten <b>notwendigen</b> Ausgaben zu berücksichtigen. Abschreibungen können somit nicht von den Betriebseinnahmen abgezogen werden. Zum Zeitpunkt der Anschaffung können jedoch die Aufwendungen für den Erwerb des Wirt-</p>



schaftsgutes in voller Höhe berücksichtigt werden, sofern die Betriebsausgabe notwendig war. Diese Ausgaben müssen in der vorläufigen Anlage EKS erklärt werden.

Für das Beispiel oben bedeutet das, dass aufgrund der Anschaffung des PCs im Jahre 2009 in 2010 und 2011 keine Betriebsausgaben zu berücksichtigen sind, obwohl steuerlich jeweils 400 € als Betriebsausgabe abgesetzt werden.


Würde der PC erst im Januar 2010 angeschafft werden (Anschaffung war notwendig), könnten für diesen Bewilligungszeitraum die Anschaffungskosten in Höhe von 1.200 € berücksichtigt werden.

Soll ein Wirtschaftsgut während des Leistungsbezugs angeschafft werden, ist die Notwendigkeit der Beschaffung zu prüfen (Ob? Zeitpunkt? Höhe?) und vorher mit der Grundsicherungsstelle abzustimmen. Im Rahmen des wirtschaftlichen und sparsamen Umgangs mit zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Mitteln, ist vorrangig die Anschaffung von gebrauchten Artikeln zu prüfen. Die Höhe einer notwendigen Anschaffung ist branchenspezifisch. Die Anschaffung kann nur anerkannt werden, wenn glaubhaft gemacht wird, dass das Wirtschaftsgut nicht nur für den Fortbestand des Betriebes unbedingt benötigt wird, sondern hierdurch auch die Wahrscheinlichkeit der Beendigung der Hilfebedürftigkeit erhöht wird. Der anzusetzende Maßstab ist bei Existenzgründern aus dem Bezug heraus sicher ein anderer als bei einer bereits laufenden Selbständigkeit. Bei Existenzgründern zählen Investitionen vor dem offiziellen Geschäftsbeginn zu den Betriebsausgaben (z. B. Eröffnung eines Bierlokals am 1. August, Aufwendungen zur Einrichtung fallen bereits im Juli an).


Beispiele:


1. Ein Selbständiger plant die Anschaffung eines Kraftfahrzeuges, welches erheblich zu teuer bzw. unangemessen ist. Die Anschaffung ist zwar grundsätzlich notwendig, allerdings ist auch ein gebrauchtes Fahrzeug akzeptabel und durchaus bei Gründungen in der Investitionsplanung als normal anzusehen.
2. Ein Selbständiger benötigt einen PC lediglich für das Schreiben einfacher Angebote und Rechnungen. Ein Hochleistungscomputer ist hierfür nicht erforderlich, ein einfaches Modell zu einem günstigen Preis ist ausreichend. Wurde der PC aber nachweislich vor dem Zeitpunkt erworben, zu dem mit dem Eintritt von Hilfebedürftigkeit zu rechnen war, sind Ratenzahlungen, die der Leistungsberechtigte nicht vermeiden kann, abzusetzen. Es ist die Möglichkeit der Verlängerung der Kreditlaufzeit und damit der Senkung der Raten zu prüfen.
3. Ein Handelsvertreter oder sonstiger im Außendienst agierender Selbständiger plant die Anschaffung eines Kraftfahrzeuges, das auch Repräsentationszwecken dienen soll. Zu




	<p>diesen Zwecken gibt es auch preiswerte Marken oder aber gebrauchte Fahrzeuge. Wichtiger als Repräsentation ist Mobilität.</p> <p>4. Der Betreiber einer Gaststätte beabsichtigt, einen neuen Kaffee-Automaten anzuschaffen und legt einen Kostenvorschlag vor. Hier kann in Erwägung gezogen werden, bei verschiedenen Kaffee-Herstellern durch exklusive Abnahme einer Kaffee-Marke die kostenlose Bereitstellung eines Kaffee-Automaten auszuhandeln.</p> <p>Wurde das Wirtschaftsgut finanziert, können im Monat der Anschaffung die tatsächlichen Aufwendungen (Anzahlung) und in den Folgemonaten <u>Zinsen</u> und in erforderlichem Umfang <u>Tilgungsbeträge</u> berücksichtigt werden (siehe auch: Darlehen).</p>
	Es ist zu prüfen, wo das Kapital für den Erwerb des Wirtschaftsgutes herkommt (Vermögen)!

## • Arbeitszimmer


	Unter „Arbeitszimmer“ ist hier ein Raum in häuslicher Atmosphäre, der ausschließlich für die selbständige Tätigkeit genutzt wird, zu verstehen. Die Absetzung eines häuslichen Arbeitszimmers als Betriebsausgabe ist steuerlich sehr stark eingeschränkt.
---	--


	Auf das notwendige Arbeitszimmer entfallende Anteile der Mietzahlungen (bei selbst genutzter Immobilie des Finanzierungsaufwandes) und Nebenkosten sind zu berücksichtigen. Dazu zählen auch betrieblich veranlasste notwendige Kosten, wie z. B. Nebenkosten oder Renovierungskosten.
---	--

	<p>Bei der Berücksichtigung eines Arbeitszimmers als Betriebsausgabe ist die Neuberechnung der KdU notwendig.</p> <p>Wird die Tätigkeit aber in einer sowohl der Größe als auch den Kosten nach angemessenen Wohnung ausgeübt (z. B. Journalist verzichtet aus Kostengründen auf die Anmietung eines Büros und übt die selbständige Tätigkeit in seiner Wohnung aus), muss sichergestellt werden, dass die leistungsberechtigte Person die Wohnung weiterhin finanzieren kann.</p> <p><u>Beispiel:</u> Ein Leistungsberechtigter übt seine selbständige Tätigkeit in seiner 45 qm großen Wohnung aus. Aus seiner Tätigkeit ergibt sich ein Verlust. Hier kann die KdU nicht anteilig gekürzt werden, da der Leistungsberechtigte sonst seine angemessene Miete nicht mehr zahlen kann und eine Räumungsklage droht.</p>
---	---

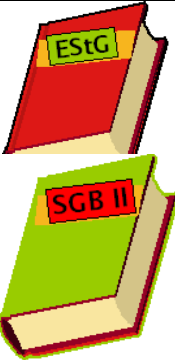



## • Beiträge an Berufsverbände

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mitgliedsbeiträge zu Berufskammern (Rechtsanwalts- oder Ärztekammer), soweit sie nicht der Altersvorsorge dienen</li> <li>• Beiträge zu Berufsverbänden (Architektenbund, Steuerberaterverband, Marburger Bund)</li> <li>• Beiträge zur Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer</li> <li>• Beiträge an Berufsgenossenschaft</li> </ul> <p>Keine Betriebsausgaben sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Beiträge an Gewerkschaften oder politische Parteien</li> <li>• Beiträge an Rotary Club, Lions Club</li> <li>• Beiträge und Spenden an Sportvereine</li> </ul>
---	--



	<p>Im Rahmen der Grundsicherung kann davon ausgegangen werden, dass die steuerlich berücksichtigungsfähigen Beiträge eine angemessene Betriebsausgabe sind. Die Beiträge sind in dem Zeitpunkt abzusetzen, in dem sie tatsächlich geleistet werden; bei viertel-, halb- oder jährlicher Zahlungsweise ist keine monatliche Aufteilung vorzunehmen.</p>
--	--

## • Berufskleidung


	<p>Nur Aufwendungen für typische Berufskleidung, wie Arztkittel oder Arbeitsanzug, nicht aber für Kleidung, die auch außerhalb des Berufes getragen werden kann, können berücksichtigt werden.</p>
	<p>Allzu häufige Anschaffungen sollten hinterfragt werden (Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit).</p>



## • Bewirtungskosten



	<p>Nur für die Bewirtung von Personen aus geschäftlichem Anlass. Abziehbar sind 70 % der nachgewiesenen Kosten; 30 % sind als privater Anteil des Unternehmers herauszurechnen.</p> <p>Anlässe:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vertiefung der Geschäftsbeziehungen</li> <li>• Informationsaustausch</li> <li>• Erfolgreicher Geschäftsabschluss</li> <li>• Anbahnung von Geschäftsbeziehungen</li> </ul> <p>Bewirtungskosten müssen „nach allgemeiner Verkehrsauffassung“ angemessen sein.</p> <p>Formale Anforderungen an den Nachweis:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ort und Tag der Bewirtung</li> <li>• Höhe der Bewirtungskosten</li> <li>• Anlass</li> <li>• Namen der teilnehmenden Personen</li> <li>• Unterschrift</li> </ul>
	<p>Nach § 3 Abs. 3 Alg II-V sollen tatsächliche Ausgaben nicht abgesetzt werden, soweit diese ganz oder teilweise vermeidbar sind oder offensichtlich nicht den Lebensumständen während des Bezuges von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende entsprechen. Die Bewirtung von Personen aus geschäftlichem Anlass dürfte regelmäßig nicht den Lebensumständen einer nach dem SGB II leistungsberechtigten Person entsprechen. Im Einzelfall kann sich die Bewirtung jedoch als notwendig erweisen, z. B. wenn die persönlichen Wohnverhältnisse für den Kunden-Empfang nicht geeignet sind. Die Bewirtung muss sich auf das unbedingt erforderlich Maß, z. B. nur Getränke (keine Alkoholika) beschränken. Die Nachweise müssen in diesen Fällen den steuerrechtlichen Vorgaben entsprechen.</p>

## • Bürokosten

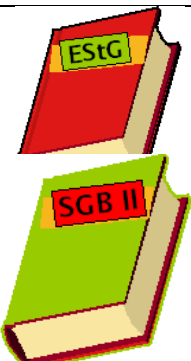

	<p>Organisation des Betriebes: Kopier- und Telefaxpapier, Briefpapier, Visitenkarten, Datenträger, Karteikästen, Ordner, Klarsichthüllen, Schreibmaterial, Formularvordrucke, Porto.</p> <p>Repräsentative Ausstattung der Büro- und Geschäftsräume (Bilder, Teppiche), solange es sich um <u>geringwertige Wirtschaftsgüter</u> handelt.</p>
---	---







	<p>Die für die Betriebsorganisation benötigten Mittel können auch im Rahmen der Grundsicherung berücksichtigt werden; bei der Gestaltung von Räumlichkeiten kann der selbständigen Person z. B. „zugemutet“ werden, Netzwerke mit anderen selbständigen Personen für eine gemeinsame Nutzung von Büro und Ausstattung zu bilden.</p> <p><u>Beispiel:</u></p> <p>Mehrere selbständige Handelsvertreter könnten in einem gemeinsamen Büro arbeiten, um die eigenen Kosten für die Büroausstattung deutlich zu senken. Es sind verschiedene Varianten denkbar, wie Aufteilung der PC-Nutzung, Telefonanlage und –flatrate, Aufteilung der Arbeitstage oder Arbeitszeiten der Bürogemeinschaft.</p>
	<p>Der Bürobedarf soll in einem angemessenen Verhältnis zum Umsatz bzw. zur Art der selbständigen Tätigkeit stehen.</p>

#### • Durchlaufende Posten

	<p>Die Weiterleitung von Beträgen, die <b>im Namen und auf Rechnung eines Dritten</b> eingenommen werden, ist keine Betriebsausgabe. Typisch bei Architekten, Maklern, Notaren, Anwälten.</p> <p><u>Beispiel:</u></p> <p>Architekt: Gelder von Bauherren, die an Subunternehmer weitergeleitet werden.          Notar/Rechtsanwalt: Anderkonto.          Nicht aber die Umsatzsteuer oder die Praxisgebühr.</p>
	<p>Hinterfragt werden sollte, wie diese Dienstleistung honoriert wurde.</p>

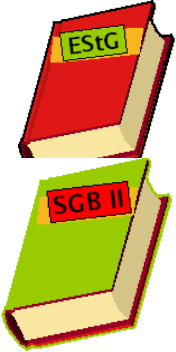
#### • Fachliteratur/Zeitschriften

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fachzeitschriften: Sollen unmittelbaren Bezug zum Beruf haben</li> <li>• Fachbücher: Genaue Titelangabe erforderlich</li> <li>• Wartezimmerzeitschriften (z. B. Lesezirkel): Es ist zumutbar, ältere Ausgaben auszulegen.</li> </ul>
	<p>Bei den Aufwendungen für Fachzeitschriften/Wartezimmerzeitschriften ist zu prüfen, ob nicht das Abo der Tageszeitung oder einer sonstigen privaten Zeitschrift enthalten ist.</p>







- Geldbußen

	Geldbußen, Ordnungsgelder und Verwarnungsgelder sind keine Betriebsausgaben. Bei Verkehrsdelikten sollte geprüft werden, ob das in den Bescheiden benannte Fahrzeug bekannt ist.
---	--

- Geschäftsreise

	<p>Zu den Aufwendungen anlässlich einer Geschäftsreise gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Fahrkosten für öffentliche Verkehrsmittel (werden in voller Höhe berücksichtigt. Bei - auch privat genutztem - <a href="#">PKW</a> Pauschalierungs- oder Fahrtenbuchmethode)</li><li>• Verpflegungskosten (Ansetzung in Höhe von Pauschbeträgen für Verpflegungsmehraufwendungen)</li><li>• Übernachtungskosten (tatsächliche Aufwendungen im Inland, Pauschbeträge für Geschäftsreisen ins Ausland)</li></ul>
--	--

	<p>Die betriebliche Notwendigkeit von Geschäftsreisen ist zu begründen. Es können nur die mit der Geschäftsreise verbundenen <b>tatsächlichen</b> Aufwendungen als Betriebsausgabe berücksichtigt werden. Verpflegungskosten sind keine Betriebsausgabe, sondern ein Absetzbetrag nach § 11b Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB II i. V. m. § 6 Abs. 3 Alg II-V (siehe <a href="#">Kapitel V</a>).</p> <p>Übernutzungskosten und Fahrkosten mit öffentlichen Verkehrsmitteln sind in tatsächlicher Höhe zu berücksichtigen, sofern sie notwendig sind. So ist bezüglich des genutzten Verkehrsmittels und der Übernachtungskosten auf Einsparmöglichkeiten zu verweisen.</p> <p><u>Beispiele:</u></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Öffentlicher Nahverkehr statt Taxi</li><li>• Bahn: 2. Klasse, Sparpreis</li><li>• Flug: Economy-Class</li><li>• Übernachtung in Pension, Gasthof statt teurem Hotel</li></ul> <p>Hotelrechnungen sind auf den Anteil für Verpflegung zu prüfen und die Ausgabe ggf. um diesen Betrag zu kürzen (steckt bereits in der Verpflegungspauschale).</p>
---	--



	<p>Gehört der Pkw zum Betriebsvermögen, sind die laufenden Kosten (Benzin, Steuer, Versicherung, Reparaturen, Zinsen-Kreditfinanzierung) bereits Betriebsausgabe und können daher nicht noch einmal als Aufwendung für eine Geschäftsreise berücksichtigt werden. Bei Nutzung eines privaten Pkws siehe <a href="#">hier</a>.</p>
--	---

- Geschenke an Geschäftsfreunde

	<p>Nur kleine Geschenke an Kunden, Lieferanten, Vertreter, freie Mitarbeiter, Journalisten, Firmenberater bis 35 € pro beschenkter Person und Jahr. Geschenke müssen betrieblich veranlasst sein.</p>
--	---

	<p>Geschenke während des Bezugs von Sozialleistungen entsprechen nicht dem Gedanken der Grundsicherung. An die Beurteilung der Notwendigkeit von Geschenken an Geschäftsfreunde ist daher ein strenger Maßstab anzulegen. Die selbständige Person sollte plausibel belegen, dass diese Geschenke erfolgversprechend sind (z. B. Kundengewinnung durch derartige Maßnahmen in der Vergangenheit).</p>
--	--




- Leasing

	<p>Leasingraten für Wirtschaftsgüter (Maschinen, Büroausstattung, etc.) in voller Höhe; dies gilt auch für angemessene Sonderzahlungen zu Vertragsbeginn.</p> <p>Kfz-Leasing: siehe <a href="#">Pkw</a></p>
--	---


	<p>Grundsätzlich gleiche Berücksichtigung wie im Steuerrecht. Es ist zu prüfen, ob das Leasingobjekt notwendig ist und/oder der Vertrag gewandelt werden kann. Hier ist allerdings zu beachten, dass bei Kauf die volle Kaufsumme als Betriebsausgabe zu berücksichtigen ist, was eine höhere Hilfebedürftigkeit im Bewilligungsabschnitt nach sich zieht. Auf der anderen Seite wird in den folgenden Bewilligungsabschnitten die Hilfebedürftigkeit geringer.</p>
--	---




## • Personalkosten

	<p>Die Personalkosten setzen sich zusammen aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Lohn und Gehalt, Auszahlung (netto)</li> <li>• Lohn- und Kirchensteuer</li> <li>• Solidaritätszuschlag</li> <li>• Beiträgen zur Sozialversicherung, AG + AN-Anteil</li> <li>• Einbeholdungen</li> <li>• Vermögensbildung</li> </ul>
	<p>Die Notwendigkeit des Personaleinsatzes ist zu prüfen. Ggf. können die Aufgaben bei erwiesenermaßen schlecht gehenden Geschäften vom Betriebsinhaber oder den Familienangehörigen selbst verrichtet werden.</p> <p>Die Arbeitsverträge der Beschäftigten vorlegen lassen. Hierüber kann die Art der Tätigkeit und der Umfang und somit die Notwendigkeit festgestellt werden.</p> <p><u>Beispiel:</u></p> <p>Ein Frisör beschäftigt drei Mitarbeiter im Mini-Job-Arbeitsverhältnis. Über die Terminvergabe bzw. die Terminbücher/Arbeitszeitrachweise dieser Mitarbeiter und eine differenzierte Kassenbuchführung lässt sich das Verhältnis zwischen dem Umsatz des einzelnen Frisörs und den Personalkosten ermitteln. Bei dieser Personalkostenprüfung wird auch deutlich, ob sich der Selbstständige ausreichend am Geschäftsbetrieb beteiligt und ob die Ausstattung optimal genutzt wird.</p> <p>Soll neues Personal eingestellt werden, ist dies mit der Grundversicherungsstelle abzustimmen. Die Einstellung von Personal muss im Verhältnis zu den Einnahmen wirtschaftlich vertretbar sein.</p>
	<p>Mithelfende Familienangehörige sollten - <u>statt Dritten</u> - unentgeltlich beschäftigt werden, wenn für sie keine anderen Arbeitsperspektiven in Aussicht stehen. Somit können strategische Lohnzahlungen unter Nutzung der Freibeträge für eine weitere Person vermieden werden.</p> <p>Ggf. prüfen, ob die Beschäftigten im Leistungsbezug stehen.</p>


## • Pkw

	<p>Die laufenden Kosten für im Betriebsvermögen befindliche Pkw (Benzin, Steuer, Kfz-Versicherung, Reparaturen, Zinsen-Kreditfinanzierung) sind Betriebsausgaben.</p> <p>Der Verkauf oder die Entnahme des Betriebs-Pkws ist als Betriebseinnahme zu behandeln.</p>
---	---





	<p>Bei privater Nutzung des Betriebs-Pkws ist eine Gewinnkorrektur (Betriebseinnahme) vorzunehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Pauschalierungsmethode (1%-Methode): Monatlich 1% des Brutto-Listenpreises zum Zeitpunkt der Erstzulassung (gilt auch für gebraucht gekaufte oder bereits abgeschriebene Fahrzeuge, Leasingfahrzeuge).</li></ul> <p>oder</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Fahrtenbuchmethode: Sämtliche Fahrten müssen fortlaufend festgehalten werden. Die Kfz-Kosten werden dann im Verhältnis der privaten zu den betrieblichen Kilometer aufgeteilt.</li></ul> <p>Befindet sich der Pkw im Privatvermögen, sind nur betrieblich veranlasste Kfz-Kosten Betriebsausgaben (gefahrte Kilometer lt. Fahrtenbuch x Reisekostenpauschale von 0,30 €)</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• für Geschäftsreisen (Dienstreisepauschale je gefahrenen Kilometer oder km-Satz aus tatsächlichen Gesamtkosten)</li><li>• für Familienheimfahrten (doppelte Haushaltsführung – wie bei Arbeitnehmern)</li><li>• aufgrund eines Unfalls während einer betrieblichen Fahrt</li></ul>
	<p>Es ist zu entscheiden, ob es sich um einen Betriebs-Pkw oder einen Privat-Pkw handelt. Ein Betriebs-Pkw liegt vor, wenn das Fahrzeug überwiegend, d. h. zu mindestens 50%, betrieblich genutzt wird (§ 3 Abs. 7 S. 3 Alg II-V). Die Entscheidung ist anhand des Fahrtenbuches zu treffen. Zu den betrieblichen Fahrten gehören <b>nicht</b> die Fahrten zwischen Wohnung und Betriebsstätte (angemietete Räume).</p> <p><u>Betriebs-Pkw:</u> Die laufenden Kosten (Benzin, Steuer, Kfz-Versicherung, Reparaturen, Zinsen-Kreditfinanzierung/<u>Tilgung</u>, Leasing) sind Betriebsausgaben.</p> <p>Wird der Betriebs-Pkw auch privat (inkl. Fahrten zwischen Wohnung und Betriebsstätte) genutzt, ist eine Bereinigung der Betriebsausgaben vorzunehmen. Nach § 3 Abs. 7 S. 2 Alg II-V sind die Betriebsausgaben um 0,10 € für jeden privat gefahrenen Kilometer zu mindern.</p> <p><u>Hinweis:</u> Durch die Fahrkostenpauschale von 0,10 € pro Kilometer sollen nur die unmittelbar durch die Privatfahrten entstandenen Aufwendungen (Treibstoff) abgegolten werden.</p>



	<p><u>Beispiel:</u></p> <p>Ein Leistungsberechtigter betreibt einen mobilen Hausmeister-Service. Er hat laut Fahrtenbuch in den letzten sechs Monaten mit seinem Pkw 2.000 km privat (inkl. 320 km für Fahrten zwischen Wohnung und Betriebsstätte; 8 km einfache Entfernung an 20 Arbeitstagen) und 5.000 km betrieblich zurückgelegt. Die betrieblichen Fahrten sind aufgrund seiner Tätigkeit notwendig gewesen. Das Fahrzeug ist damit als Betriebs-Pkw zu berücksichtigen. Von den Kfz-Kosten sind 200 € (<math>2000 \text{ km} \times 0,10 \text{ €} - \text{Anteil für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte: } 8 \text{ km} \times 2 \times 20 \text{ Tage} \times 0,10 \text{ €} = 32,00 \text{ €}</math>) als privater Nutzungsanteil abzuziehen, die Fahrten zwischen Wohnung und Betriebsstätte sind als Werbungskosten (<math>8 \text{ km} \times 0,20 \times 20 \text{ Arbeitstage} = 32,00 \text{ €}</math>) bei der Anrechnung des Einkommens abzusetzen.</p> <p><u>Privat-Pkw:</u></p> <p>Bei Nutzung eines im Privatvermögen befindlichen Pkws sind nach § 3 Abs. 7 Satz 5 Alg II-V 0,10 € für jeden betrieblich gefahrenen Kilometer als Betriebsausgabe anzusetzen.</p>
	<p>Leasingverträge und Kfz-Versicherungspolicen können bei der Prüfung der erklärten Nutzung/km-Leistung hilfreich sein. Kreditverträge geben Aufschluss über die vorhandene Bonität der selbständigen Person (z. B. Einkommensangaben).</p>

- Raumkosten

  	<p>Mietzahlungen und Nebenkosten (z. B. Strom, Heizung) für gemietete betriebliche Räume sind Betriebsausgaben. Die Frage, ob die selbständige Person Eigentümerin der betrieblich genutzten Räume ist, ist <b>nur</b> im Steuerrecht relevant, wegen der <u>Abschreibung</u> dieser Räume.</p> <p>Finanzierungsaufwand (soweit angemessen) und Nebenkosten können auch im Rahmen der Grundsicherung als Betriebsausgaben berücksichtigt werden. Allerdings sollte auch hier hinterfragt werden, ob die geltend gemachten Raumkosten erforderlich sind. Ggf. sollten mit der selbständigen Person Lösungsansätze gesucht werden, wie die Raumkosten sinnvoll reduziert werden können, z. B. durch die gemeinsame Nutzung der betrieblichen Räume mit anderen Selbständigen.</p> <p><u>Beispiel 1:</u></p> <p>Mehrere selbständige Frisöre könnten in einem gemeinsamen Frisörsalon arbeiten, um die eigenen Kosten für die Gewerberäume deutlich zu senken. Es sind verschiedene Varianten denkbar, wie Aufteilung der Frisierstühle, Aufteilung der Arbeitstage oder der Öffnungszeiten des Frisörsalons.</p>
--	--



	<p><u>Beispiel 2:</u>          Eine Selbständige betreibt ein Nagelstudio in Räumlichkeiten, die für diesen Zweck viel zu groß sind. Hier wäre es denkbar, dass ein Teil der Räumlichkeiten an einen anderen Selbständigen mit einem artverwandten Betrieb, z. B. Permanent Make-Up, untervermietet wird.</p>
--	---

- Reparaturen

	<p>Reparaturen an Gegenständen des Betriebsvermögens in voller Höhe. Kostenvoranschläge vorlegen lassen.</p>
--	--



- Rückstellungen / Rücklagen

	<p>Hier wird für Ereignisse in der Zukunft, die in ihrer Höhe noch nicht feststehen, eine den Gewinn mindernde Buchung vorgenommen, bei der noch kein Geld verausgabt wurde, d. h. kein Geldfluss stattgefunden hat (gilt nur im Rahmen der Bilanzierung).</p>
--	--


	<p>Rücklagen und Rückstellungen können nicht berücksichtigt werden, da es sich nicht um tatsächliche Ausgaben handelt.</p>
	<p>Ggf. in den Summen- und Saldenlisten ausgewiesene diesbezügliche Beträge durch Kontoauszüge belegen lassen. Hierdurch kann zu berücksichtigendes Vermögen identifiziert werden.</p>

- Schuldzinsen






 	<p>Es ist zu prüfen, welcher Tatbestand die Schuldzinsen verursacht.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Darlehen für Investitionen: Ist die Notwendigkeit gegeben, sind Schuldzinsen als tatsächlich geleistete notwendige Ausgabe abzugsfähig.</li> <li>• Kontoüberziehung: Privat / betrieblich veranlasst ?</li> <li>• Überentnahme: Privatentnahme ist größer als Gewinn bzw. trotz Verlust; in diesem Fall können Schuldzinsen auch privat veranlasst sein und sind damit keine Betriebsausgabe.</li> </ul>
---	--

- Spenden


	<p>Spenden sind im Rahmen der Grundsicherung nicht anzuerkennen.</p>
--	--

- Steuerberatungskosten



 	<p>Nur betrieblich veranlasste Steuerberatungskosten (z. B. Umsatzsteuererklärung, Gewinnermittlung, sonstige steuerliche Probleme) gehören zu den Betriebsausgaben.</p> <p>Werden Steuerberatungskosten geltend gemacht, sind die vom Steuerberater angefertigten Auswertungen vorzulegen.</p>
	<p>Steuerberatungskosten sind angemessen, wenn nur der notwendige fachliche Aufwand in Auftrag gegeben wird. Richtwerte sind Umsatzhöhe, Belegumfang, Belegordnung etc.</p>



- Steuern

	<p>Betrieblich veranlasste Steuern, wie z. B. Umsatz- oder Gewerbesteuer, Lohnsteuer für den gezahlten Arbeitslohn, Grundsteuer für Betriebsgrundstücke, sind Betriebsausgaben.</p> <p>Keine Betriebsausgaben sind private Steuern, wie <a href="#">Einkommen- oder Kirchensteuer</a>, Erbschafts- und Schenkungssteuer.</p> <p>Säumnis- oder Verspätungszuschläge, Zwangsgelder, Vollstreckungskosten sowie Mahngebühren sind nicht als Betriebsausgabe zu berücksichtigen, da sie vermeidbar sind.</p>
---	--




- Telefon- und sonstige Telekommunikationsaufwendungen

	<p>Nur die betrieblich veranlassten Aufwendungen. Kein Problem, wenn jeweils ein eigener Anschluss vorhanden ist; ansonsten ist eine Aufteilung erforderlich. Das Finanzamt akzeptiert häufig „halbe-halbe“; bei einem Privatanteil unter 50% sind detaillierte Einzelaufzeichnungen erforderlich.</p>
	<p><u>Festnetzanschluss:</u> Ist kein separater betrieblicher Telefonanschluss vorhanden, bestehen aus verwaltungspragmatischen Gründen gegen eine hälftige Berücksichtigung der Aufwendungen als Betriebsausgaben keine Bedenken, wenn private und betriebliche Anteile nicht anders ermittelt werden können. Die Annahme einer hälftigen Nutzung kann auch bei Bestehen eines betrieblichen Telefonanschlusses angebracht sein, wenn der Verdacht auf eine intensive private Nutzung des betrieblichen Telefonanschlusses besteht und dieser nicht ausgeräumt werden kann.</p> <p><u>Handy:</u> Bei der Beurteilung der betrieblichen Notwendigkeit ist ein strenger Maßstab anzulegen. Grundsätzlich sind Handyskosten nur zu berücksichtigen, wenn die Tätigkeit i. d. R. außerhalb der Betriebsstätte ausgeübt wird.</p>







- Tilgungsbeträge für Kredite, Darlehen


	Keine Betriebsausgaben
	<p>Da Abschreibungen nicht anerkannt werden, sind als Folge Tilgungsbeträge als tatsächlich geleistete notwendige Ausgabe zu berücksichtigen. Tilgungsbeträge können jedoch nur in notwendigem Umfang berücksichtigt werden.</p> <p><u>Hinweis:</u> Wenn durch eine sinnvolle Umschuldung die Raten erheblich reduziert werden können und somit kein oder nur ein geringeres Arbeitslosengeld II erbracht werden muss, ist die selbständige Person verpflichtet, diese Selbsthilfemöglichkeit in Anspruch zu nehmen. Dies gilt insbesondere dann, wenn das Darlehen von Familienangehörigen oder Bekannten/Freunden gewährt wurde. Darlehensverträge mit Familienangehörigen oder Bekannten/Freunden sind eingehend zu prüfen; eine Berücksichtigung als Betriebsausgabe ist nur möglich, wenn bereits in dem Darlehensvertrag die Rückzahlungspflicht und die Rückzahlungsmodalitäten (Zweckbestimmung, Zeitpunkt des Vertragsabschlusses, Beginn der Rückzahlungspflicht, Höhe, ggf. Verzinsung etc.) festgelegt wurden.</p> <p>Siehe auch: <a href="#">Darlehen</a></p>
	<p>Verbindlichkeiten aus der Gewährung von Meister-BAföG oder BAföG sind keine Betriebsausgaben. Diese Ausgaben können zwar betrieblich begründet sein, weil die Fortbildung in Zusammenhang mit der selbständigen Tätigkeit steht, es handelt sich aber deswegen nicht um Tilgungsraten aus einem betrieblichen Darlehen. Vielmehr sind diese Darlehen zur Sicherung des Lebensunterhalts bestimmt und damit dem privaten Bereich der selbständigen Person zuzuordnen. Gleiches gilt für die Tilgungsraten. Die selbständige Person hat aber die Möglichkeit, die Rückzahlung auf den Mindestbetrag von 128 Euro zu begrenzen oder für die Dauer der Hilfebedürftigkeit auszusetzen (§§ 13, 13a AFBG).</p>





- Umsatzsteuer

 	<p>Die Umsatzsteuervorauszahlung an das Finanzamt ist Betriebsausgabe.</p> <p>Sie ist auch im Rahmen der Grundsicherung zu berücksichtigen.</p> <p>Die selbständige Person kann beim Finanzamt die monatliche Umsatzsteuervoranmeldung beantragen; unabhängig von der Höhe der jährlichen Umsatzsteuervorauszahlung. Somit wird eine gleichmäßigere Zahlung der Umsatzsteuervorauszahlung erreicht.</p>
--	---

- Verlustvorträge

	<p>Verlustvorträge aus Vorjahren laut Einkommensteuerbescheid sind <b>nicht</b> zu berücksichtigen, da es sich nicht um tatsächliche Ausgaben handelt.</p>
--	--

- Versicherungsbeiträge

 	<p>Nur wenn die Versicherung eindeutig dem Betrieb zuzuordnen ist (z. B. Kreditversicherung, betriebliche Haftpflicht-, Vermögensschadenhaftpflicht- (für Beschäftigte*), Feuer- oder Einbruchdiebstahlversicherung).</p> <p>* Bei der für den Selbständigen selbst abgeschlossenen Vermögensschadenhaftpflichtversicherung handelt es sich um eine Berufshaftpflicht; diese ist gem. § 34d GewO eine Pflichtversicherung, ohne die keine Erlaubnis der zuständigen Industrie- und Handelskammer zur Ausübung der Tätigkeit erteilt wird. Versicherungsbeträge sind hier keine Betriebsausgaben, sondern gem. § 11b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB II abzusetzen.</p> <p>Beiträge zur Berufsgenossenschaft (gesetzliche Unfallversicherung).</p> <p><u>Aber:</u> Pflichtversicherungen, die an die Person des Selbständigen anknüpfen (z. B. Berufshaftpflichtversicherung) sind keine Betriebsausgabe, da diese vom Einkommen nach § 11b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 abzusetzen sind.</p>
--	---



Eine Forderungsausfallversicherung (Absicherung gegen den Ausfall von Forderungen bei Warenlieferungen und Dienstleistungen) ist nur im begründeten Ausnahmefall als Betriebsausgabe zu berücksichtigen.

- Wareneinkauf



Aufwendungen für den Kauf von Waren.



Grundsätzlich sind die Aufwendungen für den Kauf von Waren auch im Rahmen der Grundsicherung als Betriebsausgaben zu berücksichtigen.

Bei der Prüfung der Notwendigkeit ist hier insbesondere die Menge der eingekauften Waren zzgl. Nebenkosten im Verhältnis zu den Umsatzerlösen (= Wareneinsatzquote) zu beachten. Besteht ein augenscheinliches Missverhältnis, sind die Pauschbeträge für unentgeltliche Warenentnahmen aus der Richtsatzsammlung zu Grunde zu legen (siehe [Richtsatzsammlung für das Kalenderjahr 2012](#)) und den Betriebseinnahmen hinzuzufügen. Bei den Werten handelt es sich um Jahresbeträge, die auf den Bewilligungszeitraum umzurechnen sind.

Mit einem hohen Wareneinkauf/Wareneinsatz kann der Gewinn bewusst minimiert werden, er kann aber auch zum Zwecke von Privatentnahmen angelegt sein.

- Werbeaufwand



Aufwendungen für Eintragungen ins Telefon- oder Branchenbuch, Inserate, Rundfunkwerbung, Prospekte, Werbeartikel wie Kugelschreiber oder Tragetaschen sind sofort abziehbar. Langlebige Werbegegenstände (z. B. Verkaufs- oder Messestände, Lichtreklame) müssen über Nutzungsdauer abgeschrieben werden.



Der Werbeaufwand wird i. d. R. zu berücksichtigen sein, da die Wirksamkeit des Einsatzes von Werbemitteln nur bedingt nachprüfbar ist. Ggf. kann beratend auf kostengünstigere Methoden hingewiesen werden (z. B. statt farbige Inserate schwarz-weiß; Flyer selbst verteilen statt in Auftrag geben).



- Zusammengefasste sonstige Kosten






Sonstige Kosten als Auffangposten können nicht berücksichtigt werden. Es ist der selbständigen Person zuzumuten, die Kosten eindeutig zu benennen und das betriebliche Erfordernis zu erklären, da ansonsten eine Prüfung der Notwendigkeit nicht möglich ist.




## 2.2 Betriebseinnahmen

- Darlehen

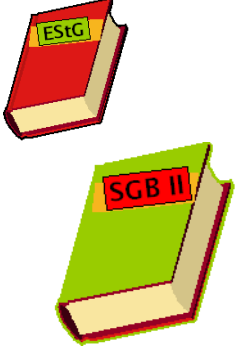
	<p>Bei Darlehen für betriebliche Investitionen stellt der Geldzufluss keine Betriebseinnahme dar. Steuerlich sind dafür die späteren Darlehenstilgungen auch keine Betriebsausgaben. Die eigentliche Betriebsausgabe entsteht entweder durch die Aufteilung der Anschaffungskosten (Anlagevermögen) auf die Nutzungsdauer = Abschreibung oder durch den Zahlungsfluss für betriebliche Kosten.</p>
	<p>Darlehen sind auch in der Grundsicherung nicht als Betriebseinnahme zu berücksichtigen, das ergibt sich aus § 11 Abs. 1 Satz 2 SGB II (Umkehrschluss, weil betriebliche Darlehen keine Sozialleistungen sind). Ob das Darlehen ganz oder in Teilen im Betrieb verbleibt oder für eine Investition oder sonstige betriebliche Ausgaben genutzt wird, ist unerheblich. Lediglich die <u>Tilgung</u> eines erhaltenen Darlehens ist eine tatsächlich geleistete notwendige Ausgabe.</p> <p>Wegen der Gewährung eines Darlehens nach § 16c Abs. 2 SGB II siehe <a href="#">hier</a>.</p>
	<p>Bei Darlehensgewährung können ggf. private oder betriebliche (nicht geschützte) Vermögensgegenstände als Sicherheiten für den Kreditgeber hinterlegt sein.</p>

- Zuwendung von Dritten


	<p>Für die Grundsicherung stellt der Zufluss einer Zuwendung von Dritten (keine Rückzahlungsverpflichtung) eine Betriebseinnahme dar, auch wenn sie an eine Bedingung zur Investition geknüpft ist. Die Verwendung für eine Investition oder für tatsächlich zu leistende notwendige Ausgaben ist dann die Betriebsausgabe. Dabei spielt es keine Rolle, wenn Einnahme und Ausgabe in unterschiedliche Bewilligungszeiträume fallen. Hier liegt die Annahme zugrunde, dass Zufluss und Abfluss der Geldmittel zeitnah stattfinden (siehe <a href="#">Anlage EKS</a>).</p> <p>Sofern die Zuwendung nicht ausdrücklich an eine Bedingung zur betrieblichen Investition geknüpft ist, ist die Zahlung als sonstiges Einkommen i. S. von § 11 SGB II anzusehen und somit in vollem Umfang vom dem oder der Leistungsberechtigten für den Lebensunterhalt einzusetzen.</p>
---	---




- Durchlaufende Posten

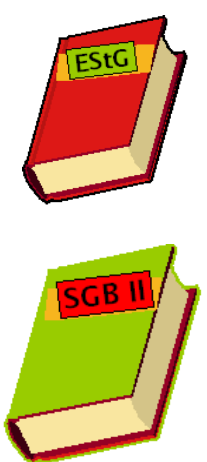
	<p>Die Umsatzsteuervereinnahmung ist Betriebseinnahme.</p> <p>Sie ist auch im Rahmen der Grundsicherung zu berücksichtigen.</p> <p>Beträge, die im Namen und auf Rechnung eines Dritten eingenommen werden, sind keine Betriebseinnahmen. Der Sinn und Zweck ist zu erfragen und mit Nachweisen zu belegen (siehe auch <a href="#">Ausgabenseite</a>).</p>
---	--

- Einnahmen aus Lieferungen und Leistungen

	<p>Bei gewerblicher Tätigkeit sind Warenverkäufe und Provisionen die wichtigsten Einnahmequellen, bei Freiberuflern Honorare.</p> <p>Einnahmen werden bei Zahlungseingang und nicht bereits bei Rechnungsstellung erfasst.</p>
--	--

	<p>Die Rechnungslegung bietet ein breites Feld zur Gewinnsteuerung. Grundsätzlich sollte der Selbständige auf eine unverzügliche Rechnungsstellung hingewiesen werden, zumal die "Geschäfte so schlecht laufen", dass Leistungen der Grundsicherung beansprucht werden.</p>
---	---

- Entnahmen

	<p>Privatentnahmen von Waren (Eigenverbrauch), Gegenständen des Betriebsvermögens und die Nutzung eines Gegenstandes des Anlagevermögens sind <b>Betriebseinnahmen</b>. Privatentnahmen müssen immer gesondert aufgezeichnet werden (wegen der Prüfung von Privatentnahmen über Gewinn und evtl. Aufteilung der <a href="#">Schuldzinsen</a>).</p> <p>Im Lebensmitteleinzelhandel und in der Gastronomie gibt es Pauschalen für den Eigenverbrauch von Waren, die immer dann angesetzt werden, wenn es keine konkreten, detaillierten Aufzeichnungen von entnommenen Waren gibt (vgl. <a href="#">Richtsatz-tabelle</a>).</p> <p>Entnommene Gegenstände sind mit dem Teilwert (= Marktwert) als Einnahme anzusetzen, die Berücksichtigung des Restbuchwertes stellt für das SGB II keine tatsächlich geleistete Ausgabe dar.</p>
---	--



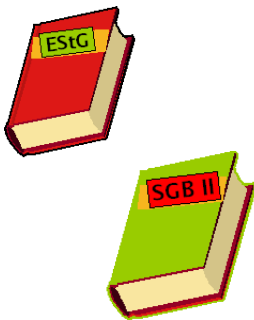
Bei Verlusten in einer Selbständigkeit kann es trotzdem zu einem Nutzen/geldwerten Vorteil durch Warenentnahmen (Lebensmitteln) kommen. Der Wert der Warenentnahme ist in einer Buchführung über das Sachkonto (Summen- und Saldenliste) „Privatentnahme von Waren“ dargestellt.

## Außenstände / Forderungen



Offene Forderungen sind zeitnah geltend zu machen. Dies bedingt auch, dass eine Rechnungsstellung unmittelbar nach Auftragserledigung zu erfolgen hat.

## Verkauf von Wirtschaftsgütern des Betriebsvermögens



Verkaufserlös ist in voller Höhe Betriebseinnahme.

### • Gründungszuschuss



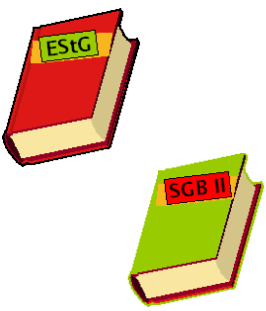
Der Gründungszuschuss ist steuerfrei ([§ 3 Nr. 2 EStG](#)) und nicht als Betriebseinnahme zu erfassen.



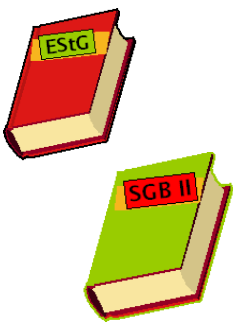
Der Gründungszuschuss ist als sonstiges Einkommen auf den Alg II-Anspruch anzurechnen. Ein Verlustausgleich ist gem. § 5 Alg II-V nicht möglich. Für die Vorgängerleistungen EXGZ und Überbrückungsgeld hat das BSG die Anrechenbarkeit als sonstiges Einkommen bestätigt.




- Versicherungsleistungen

	Schadenersatzleistungen aus betrieblichen Versicherungen sind bei Zahlungseingang eine Betriebseinnahme.
---	--

- Umsatzsteuer

	<p>Die Umsatzsteuer<b>erstattung</b> ist eine Betriebseinnahme. Die Umsatzsteuervereinnahmung von den Kunden ist ebenfalls eine Betriebseinnahme und kein „durchlaufender Posten“.</p> <p>Beispiele zur Umsatzsteuer siehe Folie 32 der <a href="#">Präsentation</a> „Einkommensermittlung bei Selbständigen im SGB II“ der RD RPS</p> <p>Siehe: <a href="#">Umsatzsteuervorauszahlung</a> Ausgabenseite</p>
--	--

- Zuschüsse/Darlehen nach § 16c Abs. 2 SGB II

	<p>Darlehen/Zuschüsse nach § 16c SGB II sind keine Betriebseinnahmen („Einnahmen nach diesem Buch“). Diese Gelder werden zeitnah investiert. Die Investitionen sind bis zur Höhe des Darlehens auch keine Betriebsausgaben, da keine Aufwendungen entstehen (§ 3 Abs. 3 Satz 4 Alg II-V). Gleiches gilt für Investitionen bis zur Höhe eines Zuschusses.</p> <p><u>Hinweis:</u> Die Tilgungsraten des Darlehens nach § 16c SGB II sind hingegen Betriebsausgaben. Eine Berücksichtigung der Tilgungsraten als Betriebsausgabe kann somit nur verhindert werden, wenn die Fälligkeit auf einen Termin nach Beendigung der Hilfebedürftigkeit gelegt wird.</p>
---	--





## V. Festsetzung des anzurechnenden Einkommens

Nachdem das Einkommen (Gewinn = Betriebseinnahmen - Betriebsausgaben) im Bewilligungsabschnitt ermittelt wurde, ist dieses gem. § 3 Abs. 4 Alg II-V auf den Monat umzulegen.

Bei der Umrechnung des Einkommens auf den Monat sind die Gewinne bzw. Verluste der einzelnen Monate im Bewilligungszeitraum aufzusummieren und durch die Anzahl der Monate im Bewilligungszeitraum – im Regelfall sechs - zu teilen (§§ 3 Abs. 1, § 3 Abs. 2 Alg II-V).

Beispiel:

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Gesamteinkommen (mathem.)
Bruttoeinkommen In Euro	- 1.200	2.300	-500	1.500	1.000	500	3.600

→ Monatliches Einkommen = 600 Euro

Teilmonate sind als voller Monat zu berücksichtigen, wenn in ihnen Betriebseinnahmen oder -ausgaben angefallen sind (vgl. Fachliche Hinweise, Rz. 11.37).

Das Endergebnis entspricht dem Einkommen i. S. d. § 11 Abs. 1 Satz 1 SGB II. Hier von sind die Absetzungen nach § 11b Abs. 1 Satz 1 vorzunehmen.

Im Einzelnen sind hiernach abzusetzen:

<u>§ 11b Abs. 1S. 1</u>	<u>Absetzungen</u>	<u>Besonderheiten</u>
Nr. 1	Steuern (Vorauszahlungen im BWZ, Steuernachzahlungen an Finanzamt, sofern im BWZ erfolgt)	Nicht monatlich getätigte Vorauszahlungen und Nachzahlungen sind auf den einzelnen Monat im BWZ umzulegen.
Nr. 2	Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung einschließlich Arbeitsförderung	<ul style="list-style-type: none"> <li>Landwirte, Künstler und Selbstständige aus bestimmten anderen Berufsgruppen sind in der gesetzlichen Kranken/Pflege- und Rentenversicherung pflichtversichert</li> <li>Beiträge zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung nach § 28a Abs. 1 Nr. 2 SGB III</li> </ul>
Nr. 3	Beiträge für angemessene private Versicherungen und gesetzlich vorgeschriebene Versicherungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Pauschale in Höhe von 30 Euro (§ 6 Abs. 1 Nr. 1 Alg II-V)</li> <li>Gesetzlich vorgeschriebene Versicherung (die Kfz-Haftpflicht ist nur abzusetzen, wenn sie nicht schon als Betriebsausgabe berücksichtigt wurde, also nur bei Privat-Pkw)</li> </ul>



		<ul style="list-style-type: none"> <li>Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsabsicherung, sofern nicht bereits in Beitrag zu einer LV enthalten</li> </ul>
Nr. 3a	Beiträge zur Vorsorge für den Krankheits- und Pflegefall, wenn in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht versicherungspflichtig	<ul style="list-style-type: none"> <li>Beiträge für freiwillig Versicherte in der gesetzlichen KV/PV</li> <li>Beiträge zur privaten KV/PV</li> </ul> <p>sofern keine Pflichtversicherung durch Bezug von Arbeitslosengeld II eintritt bzw. soweit bei Befreiung nicht nach § 26 SGB II bezuschusst</p>
Nr. 3b	Beiträge zur Altersvorsorge, wenn keine Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung besteht	<ul style="list-style-type: none"> <li>Freiwillige Beiträge zur Rentenversicherung</li> <li>Beiträge zu einer kapitalbildenden Lebensversicherung</li> <li>Beiträge zu einer Versorgungseinrichtung bei berufsständig Versicherten</li> </ul>
Nr. 4	Altersvorsorgebeiträge nach § 82 EStG	Dürfte nur im Ausnahmefall bei mittelbar (über Ehepartner) Versicherten in Betracht kommen. Nicht abgesetzt werden können Beiträge für „Rürup-Rente“.
Nr. 5	Mit der Erzielung des Einkommens verbundene notwendige Ausgaben	<p>Fahrtkosten für die Entfernung zwischen Wohnung und Betriebsstätte bei Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel in voller Höhe, bei Nutzung eines privaten Pkws in Höhe von 0,20 Euro je Entfernungskilometer (§ 6 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe b Alg II-V).</p> <p><b>Beachte:</b> Die Pauschale für notwendige Ausgaben (15,33 Euro) ist gem. § 6 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe a Alg II-V bei Einkommen aus selbständiger Tätigkeit <b>nicht</b> abzusetzen.</p> <p>Verpflegungskosten können bei einer Abwesenheit von mindestens 12 Stunden täglich gem. § 6 Abs. 3 Alg II-V pauschal mit einem Betrag von 6 Euro abgesetzt werden.</p>



Nr. 6	Freibetrag für Erwerbstätige nach Absatz 3	Der Freibetrag ist vom auf den Monat entfallenden Durchschnittseinkommen zu bilden.
<p>Anstelle der Absetzungen nach Nr. 3 bis 5 ist gem. § 11b Abs. 2 Satz 1 SGB II ohne Nachweis ein Grundfreibetrag von 100 Euro abzusetzen. Höhere Aufwendungen müssen nachgewiesen werden, sofern sie nicht in den Pauschalbeträgen nach § 6 Alg II-V enthalten sind; sie dürfen nur bei einem monatlichen SGB II-Gewinn über 400 Euro berücksichtigt werden.</p> <p>Sofern die selbständige Person daneben aus einer Tätigkeit, die nach § 3 Nummer 12, 26, 26a oder 26b EStG steuerfrei ist, Bezüge erhält, ist ein erhöhter Grundfreibetrag von bis zu 175 Euro anzusetzen. Die Einkommen sind gemeinsam zu betrachten, der Erhöhungsbetrag richtet sich allerdings nach dem steuerfreien Einkommen (vgl. FH Rz. 11.166).</p>		

#### Beispiel:

Ein Journalist weist im Bewilligungszeitraum vom 1. Mai bis 31. Oktober einen Einnahmeüberschuss von 5.880 Euro nach.

Jeweils zum Quartalsbeginn leistet er eine Einkommensteuervorauszahlung in Höhe von 240 Euro. Aufgrund des Einkommensteuerbescheides für das Vorjahr wird zum 31. August eine Steuernachzahlung in Höhe von 300 Euro fällig, die er fristgemäß zahlt.

Er ist gem. § 6 Abs. 1a SGB VI von der gesetzlichen Rentenversicherung und gem. § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB V von der gesetzlichen Krankenversicherung befreit. Aufwendungen zur privaten Kranken- und Pflegeversicherung hat er in Höhe von 320 Euro monatlich (290 Euro KV, 30 Euro PV), für seine Altersvorsorge zahlt er monatlich 135 Euro an eine Lebensversicherung.

Der Grundsicherungsträger zahlt laufend einen monatlichen Zuschuss nach § 26 SGB II in Höhe der zu leistenden Beiträge.

#### Anzurechnendes Einkommen monatlich:

Monatl. Bruttoeinkommen	980,00 Euro	(5.880 Euro / 6 Monate)
Einkommensteuervorauszahlungen	80,00 Euro	(1.7. und 1.10. je 240 Euro = 480 Euro / 6 Monate)
Einkommensteuernachzahlung	50,00 Euro	(300 Euro / 6 Monate)
Grundfreibetrag	100,00 Euro	
Lebensversicherung	138,00 Euro	
Freibetrag nach Abs. 3 SGB II	176,00 Euro	(20 % von 880 Euro)
Anzurechnender Betrag	<u>436,00 Euro</u>	

**Übersicht über die Anlagen mit Erläuterung**

	Bezeichnung	Erläuterung
<a href="#">Anlage 1</a>	Tabelle – Kundenrechnungen	Dient der Plausibilisierung von notwendigen Ausgaben, die für Kundenaufträge und ggf. Kundenakquise notwendig sind.
- Kunde -		
<a href="#">Anlage 2</a>	Checkliste	Hilfreich bei der Antragsannahme bzgl. der weiteren Einreichung von benötigten Unterlagen der leistungsberechtigten Person mit selbständiger Tätigkeit
- Mitarbeiter -		

## Auflistung der Kundenrechnungen (Anlage E-Ü-R)

		Anlage zur E-Ü-R					
MONAT:			BG:				
Rg.	Rg.	Betriebsstätte des Kunden (gewerblich)	Netto	USt.	Brutto	Zahlungseingang	Wo ?
		bzw. Wohnort des Privatkunden					
Datum	Nr.	Art der Leistung	Euro	Euro	Euro	Datum	Bank / Kasse
SUMME							

<b>Für die Mitarbeiter des Jobcenters</b>				
<b>Checkliste zur Einreichung von Unterlagen für Antragsteller/innen in selbständiger Tätigkeit</b>				
	ohne Steuerberater		mit Steuerberater	
Bilanz	✗	<input type="checkbox"/>	✗	<input type="checkbox"/>
oder				
Einnahmen-Überschuss-Rechnung	✗	<input type="checkbox"/>	✗	<input type="checkbox"/>
BWA / Summen- und Saldenliste			✗	<input type="checkbox"/>
Anlage EKS (Erklärung zum Einkommen aus selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieb oder Land- und Forstwirtschaft im Bewilligungszeitraum und Anlage zu dieser Erklärung)	✗	<input type="checkbox"/>	✗	<input type="checkbox"/>
Gewerbeanmeldung / -abmeldung	✗	<input type="checkbox"/>	✗	<input type="checkbox"/>
Erklärung / Aufstellung Betriebsvermögen	✗	<input type="checkbox"/>		
Auflistung betriebl. Forderungen / Verbindlichkeiten	✗	<input type="checkbox"/>		
Unterlagen bei lfd. Insolvenz	✗	<input type="checkbox"/>	✗	<input type="checkbox"/>
Kassenbuch oder Bar-Einnahmen + -Ausgaben	✗	<input type="checkbox"/>		
<a href="#">Softwarepaket</a> 10 des BMWi				